

## Oesterreichs auswärtige Politik.

Der österreichische Minister des Äußeren, Graf Ahrenthal, gab im Ausschusse für die gemeinsamen Angelegenheiten Österreich-Ungarns einen Überblick über die außerpölitische Lage. Er verwies darin auf den warmen Ton, den der deutsche Reichskanzler und der italienische Minister des Äußeren bei Erwähnung der Beziehungen zu Österreich in ihren letzten Reden angeschlagen hätten. Er ging dann auf seine Orientierung ein. Er habe schon vor einem Jahre ausgesetzt, daß es im österreichischen Interesse gelegen, die Selbständigkeit und Friedliche Entwicklung der Türkei zu fördern, sowie auch die Unabhängigkeit und Friedliche Entwicklung der abtretenden Balkanstaaten mit vollem warmen Verständnis zu begleiten und ihnen auch einen Aufschluß zu geben. Dieselben Gesichtspunkte seien bei dem Gedankenaustausche maßgebend gewesen, der zwischen ihm und dem russischen Minister des Äußeren im Frühjahr 1910 zu einem Abschluß gelangt sei. Diese Übereinstimmung unserer Annahmen, "so habe er fort, berechtigt mich zu der Erwartung, daß unsre

### Beziehungen zu Russland.

die keine gute sind, auch weiterhin eine befriedigende Gestaltung annehmen werden. Jeder Einigungstheorie wohl, daß dergestalt keine Frage von solcher Bedeutung vorliegt, daß sie den Frieden Garibaldi gefährden könnte. Ich halte es aber für meine Pflicht, ebenso wie ich es früher getan habe, auch heute zu betonen, daß in unsrer so rätsch lebenden Zeit, wo auch der Gang der Ereignisse sich zweimal überschreitet und im Hinblick auf die leider so leichte

### Erigbarkeit der öffentlichen Meinung

in allen Staaten, der politische Barometer unvermittelst auf schlechtes Wetter zeigen kann. Soll also die auswärtige Politik für die Interessen der Monarchie und für den Frieden erfolgreich eintreten können, muß sie über eine schlagfertige Arme und Flotte verfügen." Auf die Bemerkung eines Abgeordneten, daß Österreich-Ungarn lediglich die Schildwache für Deutschland sei, das nach der Vormachtstellung in Europa strebe, erklärte Herr v. Ahrenthal ferner: "Als wir vor zwei Jahren während des bosnischen Kreis im Hinter standen, befanden wir uns natürlich im Brennpunkt der europäischen Politik, und damals gab es viele Stimmen, besonders in Deutschland, die über die Führung der auswärtigen Politik unserer Monarchie entzweinende Urtheile fällten. Wenn jetzt, nach Vollendung der Angliederung und nachdem sich unsre Beziehungen zu allen Mächten wieder günstig gestaltet haben, Deutschland es ist, welches aus der von uns verdeckten Politik mehrere Vorteile zieht, sich zu Russland in ein besseres Verhältnis stellt und mit ihm Besprechungen über wichtige wirtschaftliche Fragen in Persien einleitet, so kann ich mich und können wir uns darüber nur freuen. Die österreichisch-ungarische Politik verfolgt auf dem Balkan keine Sonderinteressen. In Europa ist keine Großmacht in ihrer auswärtigen Politik vollkommen unabhängig. Die Verhältnisse der europäischen Staaten sind durch ein

### System von Bündnissen

und durch die daraus sich ergebenden Verpflichtungen derart ineinander verwachsen, daß man von einer völlig unabhängigen Politik einer einzigen Macht nicht sprechen kann. Wir sind selbstverständlich in der gleichen Lage wie die andern Staaten. Gemeinsam mit Deutschland haben wir die Interessen des Friedens zu schützen. Gleichermaßen haben wir mit Italien zu tun. Gestützt auf das Bündnis mit Deutschland wahren wir unsre eigenen Interessen selbstständig."

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

"Wie nunmehr endgültig festgelegt ist, wird Kaiser Wilhelm am 1. März nach Potsdam überreden.

"Angesichts der immer bedrohlicher klingenden Meldungen über das Vorbringen der Pest aus der Mandchurie nach China wird die

### Ver Kaffee-Corner.

1) Roman von Cyrus Townsend Brady. Fortsetzung.

3.

Ein paar Stunden später — gerade, als Miss Livingstone beim zweiten Frühstück lag, das heute im Grunde ihr erstes war, trat Miss Gertrud de Rostier bei ihr ein. Miss de Rostier war eine Dame, die schon in so hohem Alter stand, daß sie mit Sicherheit darauf rechnen konnte, auch die übrige, wenn auch noch so lange Zeit ihres Lebens immer Miss de Rostier zu bleiben. Sie war sowohl eine intime Freundin als auch eine höchst entfernte Verwandte von Miss Livingstones Mutter gewesen und vertrat jetzt, soweit Miss Livingstone sich überbaute noch bemühten ließ, bei dieser so quasi deren Stelle. Die Freundschaft, die die beiden Damen verbündet, war eine so aufrichtige und innige, wie man sie häufig zwischen jung und alt findet und in der für den älteren Teil eine Art von Gnädigkung liegt, die das Leben ihr sonst schuldig ist. Tatsächlich genoß Miss de Rostier in dem Kreise, den sie mit ihrer Anwesenheit bedachte, große Achtung, die am Bewundern kreiste.

Miss Livingstone war denn auch über ihren Besuch mehr als erfreut; hatte sie doch bisher die sehr exklusiven Ansichten der alten Dame, der sie die obersten "Vierbündner" nicht gut genug waren, so ziemlich geteilt, wenn sie auch nicht ganz so weit gegangen war, wie ihre intime Freundin. Heute aber, in dem persönlichen Zwiespalt ihrer Seele und dem un-

heilige des deutschen Kronprinzen nach Asien in diesem Jahre nicht über Bordewinden ausgedehnt werden. Halbamtlich wird darüber bekannt gegeben: Mit offiziell auf die in Ostasien eingetretene gesundheitliche Verhältnisse hat der Reichskanzler sich verpflichtet gebeten, beim Kaiser zu beantragen, daß die Reise des Kronprinzen für dieses Jahr in Asien ihren Abschluß finde. Der Kronprinz wird demgemäß von Kalkutta aus die Heimreise antreten. Den Höfen in Bangkok, Peking und Tokio, die alle herzliche Einladungen gefunden haben, ist das Bedauern über diese durch unvorhergesehene Ereignisse herbeigeschürte Änderung des Reiseplans ausgesprochen worden, ebenso Holland und den Vereinigten Staaten, deren Kolonien ebenfalls auf dem Reiseplan standen.

\* Admiral Truppel, der Gouverneur von Kiautschou, wird demnächst aus dem Amt schieden. Unter dem Gouverneur Truppel hat sich unter ostasiatischen Kolonien in verhältnismäßig kurzer Zeit überzeugend gut entwickelt. Als Truppel im Jahre 1902 an diesen Posten berufen wurde, erschien er zu dem damals noch besonders schwierigen Amt durch seine genaue Kenntnis Chinas und des Chinesentums, die er während seiner langjährigen Dienstzeit in Ostasien sich erworben hatte, besonders geeignet. Es gelang ihm dann auch, ein gutes Verhältnis zwischen den Kolonisten und den Chinesen herzustellen und das Misstrauen der Chinesen zum Schwaben zu bringen. Unter seiner Leitung wurde die Selbstverwaltung Konsistoriums ausgebaut. Er betrachtete es hierbei als seine Aufgabe, alle Kreise der erwerbenden Bevölkerung zur Mitarbeit hinzuziehen. Dadurch ist die Bürgerschaft Konsistoriums zu einem für die Regierung unentbehrlichen Faktor geworden. Truppel hat es außerdem verstanden, durch Eingeben auf die Wünsche der Bevölkerung den Handel und Verkehr im Schutzgebiet in ganz außerordentlicher Weise zu beleben und zu heben.

\* Der preußische Handelsminister v. Schröder hat einer Abordnung der christlichen Verbündeter des Sacrécoeur, im Anschluß an ihre Einladung an den Landtag, die Einrichtung von Familienfassen angestrichen und erklärt, er werde sein Möglichstes für die Gründung der 2. Schule tun.

\* Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Paul Singer ist im Alter von 67 Jahren nach langerem schweren Leiden in Berlin verstorben. Der Verstorbene gehörte zu den hervorragendsten Führern seiner Partei und war seit 1884 Mitglied des Reichstages.

### Italien.

\* In der Deputiertenkammer erklärte auf eine Anfrage bez. des in der auswärtigen Presse verbreiteten Gerüchte über die gesundheitliche und finanzielle Lage in Italien der Unterstaatssekretär des Äußeren Guido di Sculza, es sei richtig, daß die Nachrichten von einigen italienischen Bürgern verbreitet worden seien, um die zahlreichen Besucher, die von der Schönheit des Himmels und dem Reiz der Kunst und der Geschichte Italiens angezogen würden, von dem Lande abzuhalten. Die Regierung habe nicht versucht, diese Gerüchte als falsch zu bezeichnen, und alle nur möglichen Maßnahmen ausgegriffen. Sie spare keine Mühe, um zu verdeutlichen, daß eine solche Wege auch in diesem Jahre sich breit mache, in dem alle glorifizierten Nationen sich zur Teilnahme an der Feierlichkeiten der Einigung Italiens in Italien.

### Balkanstaaten.

\* Wie aus Sofia gemeldet wird, zeigt sich die türkophile, zum Kreise der demokratischen Partei in Bulgarien stärker als je zuvor. Sie findet vom Auslande starke Unterstützung. Der Augenblick, da der Aufstand in Arabien anwächst und auch an anderen Punkten des östlichen Reiches erhebliche Schwierigkeiten bestehen, wäre, so wird von den unruhigen Elementen verbreitet, der deutlich günstigste Zeitpunkt, um Feindseligkeiten mit Ausicht auf Erfolg zu beginnen. Glücklicherweise bedarf die Regierung solchen Tredeceiten gegenüber fahiges Blut und es sind daher keinerlei Verhandlungen zu befürchten.

Die hatte man die Waffe! Die Gesellschaft, deren hervorragendste Repräsentantin Miss Gertrud de Rostier war, hatte sich also der Sache wiewohl schon bemüht!

Miss Livingstone ist allerdings schon lange so, als hätte sie sich dem Grün der Gesellschaft entzogen. Sie hatte aufgedacht, ihr aktiv anzugehören, und hatte geglaubt, die Gesellschaft würde sich dafür ganz ebensoviel um sie kümmern. Aber gar keine Spur. Die Gesellschaft kann den vielleicht übersehen, der sich ihren konventionellen Anforderungen fügt, nicht aber den, der mit ihren Gesetzen bricht. Und als so einen Bruch sah man „die Affäre Tillotson“ in jenen Kreisen wohl an.

„Was für ein Cowboy, Tantischen?“ fragte sie daher und läßt sich für den kommenden Kampf. „Ich kenne doch keinen Cowboy!“

No, der kleine — wo ist er denn? Der kleine Mensch aus dem Westen, den die Jones

1

### Affen.

\* Noch immer steht man in China unter dem Eindruck der Nachricht von dem Widerstand der Bevölkerung. Das Verfassungswerk ist im Einverständnis mit allen Interessenten bis weiteres verlegt worden.

## Aus dem Reichstage.

Am Montag trat der Reichstag zunächst in die Beratung über die Revision des Gesetzentwurfs in österreichischer Rechtsrittsseiten, der eine Lücke in bezug auf die Revisionsfähigkeit der bayrischen Reichsgerichte beseitigen will, ein. Der Entwurf wurde in erster und darauf auch in zweiter Lesung ohne wesentliche Veränderung angenommen. Es folgten Revisionen. Die Kommission beantragte bei einer Sitzung des Geh. Kriegsrates Ulendorff, Dienstverhältnisse der Militärintendanten in



Admiral Truppel  
tritt von seinem Amt als Gouverneur von Kiautschou zurück.

Ihren ersten beiden Teilen dem Reichskanzler zur Erwähnung überüberlassen, über den dritten Teil da gegen zur Tagessordnung überzugehen. Der preußische Kriegsminister v. Heerlungen erklärte die ganzen in Betracht kommenden Verhältnisse und erklärte, daß er es der gelungenen Militärvorausstellung schuldig gewesen sei, die Angreife des Peitzen zu überlegen. Abg. Kuntze (soz.): Ich bin in dem ganzen Fall die Notwendigkeit einer Reorganisation. Der Vorschlag der Kommission wurde angenommen. Die Petition betr. die Vereinigung des Malai durch Fabius wurde nach langer Förderung gegen den Kommissionsertrag dem Reichskanzler zur Verabschiedung überwiesen. Es folgt die Petition der. Änderung des Ausländerges. Nach langer Förderung beschloß das Haus die Überweisung als Material.

Am 31. Januar eröffnete Präsident Graf Schwerin die Sitzung mit den Worten: Ich erhalte jedoch die Nachricht, daß eines unserer Mitglieder, der Abg. Singer, heute gestorben ist. Er hat dem Reichstag seit 1884, also fast 27 Jahren, angehört. Sie haben sich zum Gedächtnis des Verstorbenen von den Pitzen erhoben; ich hoffe das feiern.

Auf die Tagessordnung steht die 3. Lesung des Reichsvertrags aus Steuererleichterungen.

Zur dritten Beratung liegt ein von allen Parteien, mit Ausnahme der Polen und Sozialdemokraten, unterzeichnete Zusammenschluss der Landesfürsten und der Landesfürstinnen vor, der über eine Reihe der hauptsächlich französischen Punkte Vereinbarungen trifft. Außerdem beantragen die Konferenzen in einem Antrage d. Normann wiederum die Befreiung der Landesfürsten und der Landesfürstinnen von der Zollabgabe. Abg. Lindholm (Genf) hat mehrere Anträge zugunsten der Freihandelszone eingereicht.

Abg. Jäger (Genf): Wir begrüßen mit Genuge, daß nach der mühevollen zweiten Lesung eine Verabschiedung über die wesentlichen Punkte zustande gekommen ist.

Abg. Kundi (soz.): Es ist mir unmöglich, diesen Gesetz zugunsten zu stimmen. Dann es ist ein Gesetz zur Abwehr einer wichtigen Kommunalsteuerung gegen die Bodenbesitzer. Die ganze Steuer ist ein Zuschuß ohne jegliche Wertschätzung.

Abg. Sudekum (soz.): Die veränderte Vorlage ist völlig unbrauchbar.

Die Regierungsvorlage ist so unbedeutend wie die Steuererleichterungen.

Abg. Graf Becken (soz.): Als sich die Bundesräte zusammengefunden haben, haben sie von ihrer Souveränität nicht mehr aufgegeben, als in der Verfassung ausdrücklich zugestanden ist. Nach einigen weiteren persönlichen Verhandlungen schreibt die Verordnung.

Der Antrag auf Steuerfreiheit der Landesfürsten wird in nematischer Abstimmung mit 166 gegen 188 Stimmen bei 17 Abstimmung abgelehnt. Dafür stimmen die Konferenzen, die Freihandelszone, das Zentrum und viele Mitglieder der Nationalliberalen. Die Polen erhalten sich der Stimmenabgabe.

Abg. Neumann-Hofer (soz.): Ich beantrage einen neuen Antrag, wonach durch Landesgesetz Ausnahmen von der Steuerfreiheit der Landesfürsten zugunsten der Gemeinden gemacht werden können.

Steuerfreiheit Werth u. h. erklärt, daß er seine Bedenken gegen den Antrag habe.

Der Antrag wird fast einstimmig angenommen und mit ihm der ganze § 2.

Darauf verzögert sich das Haus.

o. Kind, wie kommt du so etwas denken? Aber für ihn warst doch nur du da, und denkt doch, fünfmal in einer einzigen Woche . . . !

Wie läuft's sonst? Du weißt ja noch nicht einmal alles! Herr Banderaw, dem ich sehr dankbar darüber bin, daß er jedem meiner Schritte so gewissenhaft nachhört, hat vergessen, dir zu sagen, daß Herr Tillotson . . .

Heißt der Mensch so?

Ja, Tante, der Mensch heißt so. Miss D. Tillotson.

Miss! Was das für ein Name ist!

Ein sehr guter Name, Tante, der schon in der Bibel steht.

Kann doch man er auch hingehören, aber doch nicht in die Gesellschaft!

Und Tillotson, Tante, ist, soviel ich weiß, ein in Newengland sehr angesehener, alteingesesselter Name.

Das mag ja sein, es gibt ja in Newengland, Gott sei's gelingt, noch mehr gute, alteingesessene Namen, die von Personen getragen werden, die unten Vergessen nach getragen schanden gewöhnlich sind. Aber du wolltest sagen, daß du mit ihm ausgetauscht.

Doch Mr. Tillotson in dieselben Woche noch außerdem zweimal bei mir war.

Fürchterlich! Und was wollte er denn von dir?

Das erstmal erzählte er mir einige Geschichten aus dem Leben, die er selbst erlebt hatte und die mich sehr interessierten. Beim zweitenmal hat er um meine Hand!

Nun war das Arglist heraus. Mir de Rostier gab geradezu sprachlos da. „Um . . . bei . . .“

sein Meisterstück, aber brauchbar. Die Veteranen werden wieder leer aussehen müssen. Mit großer Meisterschaft hat es die Rechte verstanden, die Großgrundbesitzer völlig neuverteilt zu machen.

Reichsstaatssekretär Werth u. h.: Da wir doch eine Mehrheit im Hause finden müssen, könnte uns die Zustimmung der Sozialdemokraten zur vertraglichen Regierungsvorlage allein nicht genügen. Allerdings fürchte ich, daß auch nicht alle Sozialdemokraten für die Vorlage stimmen würden. Die Bedeutung, daß zwischen ländlichen und städtischen Wohl im Gesetz so große Unterschiede gemacht werden, ist nicht richtig. Auch Sie haben alles Interesse daran, daß Gesetz wirklich zu gelingen. Ohne eine Erledigung des Gesetzes in diesem Sinne kann keine Finanzpolitik nicht in der bisherigen Weise fortgeführt werden.

Abg. Röhlle (cont.): Es ist fair und kein Zweifel, daß die Steuer nicht erträglich ist. Werth u. h. weißt in unserer Auffassung nach, was nicht durch Arbeit entstanden ist. Dieser Begriff richtig zu fassen, ist fast unmöglich. Die Steuer an sich fallen will für eine gerechte und billige. Das für nicht gerecht empfunden wird, ist natürlich. Welche Steuer wird das überhaupt? Zahler ist immer unangenehm. Mit der Durchführung des Gesetzes haben wir auch endlich die Möglichkeit, den Veteranen das zu kommen lassen, was ihnen längst zukommen sollte. Von diesem Gesichtspunkt aus werden wir für die Steuer stimmen.

Abg. Weber (nat. lib.): Wir sehen der Vorlage kompatibel gegenüber und sind über die Stellungnahme der Sozialdemokraten sehr erstaunt. Mit der Begründung, daß Sie gegen das Gesetz stimmen, weil der Verteilung für die Vorlesungsvorlage verwendet werden soll, werden Sie drastisch diskreditiert; mein Arbeitskreis wird verschämt, daß aus diesem Grunde die Grundstücksspekulanten frei bleiben sollen.

Abg. Groß (wirtsh. Bdg.): Wir sehen in dem Gesetz den Schlüsselstein der Reichsfinanzreform und werden ihm zustimmen.

Damit schließt die Generaldebatte und die Spezialdebatte beginnt. Die §§ 1 bis 21 werden ohne wesentliche Änderungen nach den Beschlüssen der 2. Lesung angenommen. Beim § 22 (Steuerfreiheit des Landesfürsten) legt

Reichsstaatssekretär Werth u. h. noch einmal die Gründe dar, die für Aufrechterhaltung der Steuerfreiheit sprechen. Sie ist standrechtlich und verfassungsgerecht begründet. Die logische Folge der Steuerfreiheit der Bundesräte ist die Steuerfreiheit der Bundesländern.

Abg. Neumann-Hofer (fort.) : Wir sind gegen die Steuerreform. Der Bundesrat muß auch den Schlußstein templat zahlen. Wir hoffen, daß im Reichstag sich eine Mehrheit dafür finden wird.

Abg. Göhrte (soz.): Die Ausführungen des Schatzekretärs haben uns auch nicht überzeugt. Es wäre eine Pflicht der Bundesräte gewesen, wenn sie im Interesse der Veteranen von selbst auf die Steuerfreiheit verzichtet hätten.

Abg. Feldmann (cont.): Meine Freunde stimmen natürlich der Steuerfreiheit zu.

Abg. Kuntze (nat. lib.): Mich haben die Ausführungen des Schatzekretärs nicht überzeugt, und meine Freunde werden gegen die Steuerfreiheit stimmen.

Reichsstaatssekretär Werth u. h.: Sie wollen mit einem Rechtstreiche die Steuerfreiheit aus der Welt und damit Verhältnisse und Schwierigkeiten schaffen, die sie gar nicht überwinden lassen.

Abg. Junck (nat. lib.): Ich verstehe in diesen Darlegungen des Schatzekretärs die Begründung. Verfassungsgerecht kann höchstens die Frage in Betracht kommen, ob eine Verfassungsänderung in Frage kommt.

Abg. Nierl (soz.): Nichts ist so unbedeutend wie die Steuererleichterungen.

Abg. Graf Becken (cont.): Als sich die Bundesräte zusammengefunden haben, haben sie von ihrer Souveränität nicht